Dunkle Wolken über Bingerbrück

Machtübernahme durch die Nationalsozialisten 1933
von Carl Woog

An sich hatte ich nur vor, das Rätsel aus dem Heft 39 aufzulösen und einige Zeilen über Christian Noll, der auf dem Suchbild abgebildet war, zu schreiben.

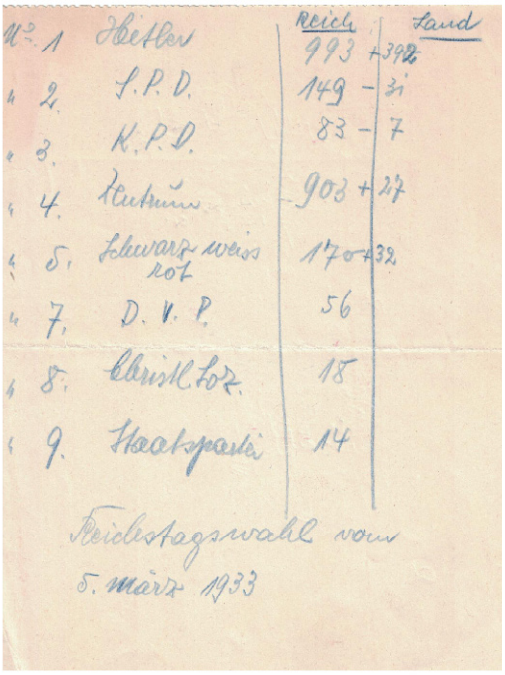
Das Leben von Christian Noll hatten wir bereits in Heft 20 unserer „Bingerbrücker und Rupertsberger Geschichte(n)“ publiziert.

Christian Noll, Sozialdemokrat und späterer Bürgermeister von Bingerbrück

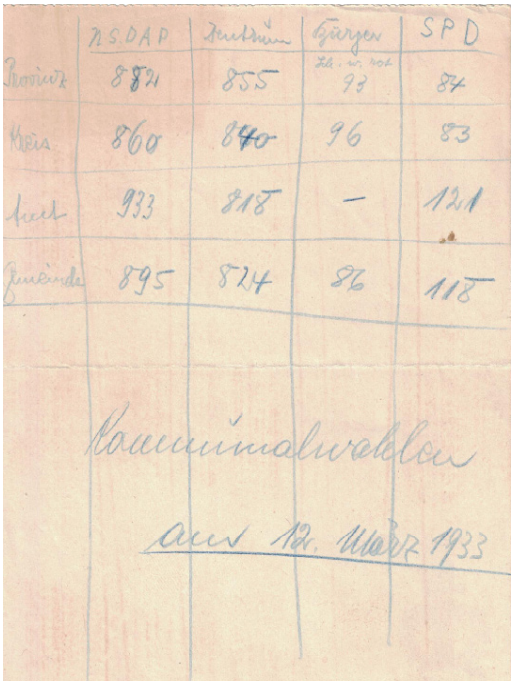
Christian Noll war nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten 1933 aufgrund seiner politischen Gesinnung von den Gebrüdern Karl und Vincenz Pekarek, die dem nationalsozialistischen Lager angehörten, entlassen worden. Aufgrund des Grundbesitzes der Familie Noll in der heutigen Wigbertstraße erhielt er kein Arbeitslosengeld und so eröffnet er im Sommer 1933 mit einem ehemaligen Arbeitskollegen eine eigene Druckerei in Bingerbrück. Die Ereignisse um die Kommunalwahlen 1933 in Bingerbrück fand ich schon immer spannend und so habe ich über die Beschreibung von Christian Noll hinaus die Ereignisse eingehender recherchiert, denn sie führen innerhalb kürzester Zeit zum Ende der Demokratie – auch in Bingerbrück. Die Reichstagswahl am 5. 3.1933 war die letzte Reichstagswahl, an der mehr als eine Partei teilnahm, und der Wahlkampf hierzu war von Übergriffen von Mitgliedern der NSDAP auf politische Gegner insbesondere aus der KPD und SPD geprägt. Nach der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler am 30.1.1933 ergeht bereits am 28.2.1933 - unmittelbar nach dem Reichstagsbrand – die „Notverordnung zum Schutze von Volk und Staat“. Mit Hilfe dieser Verordnung des Reichspräsidenten wurden die Grundrechte außer Kraft gesetzt und die KPD faktisch zerschlagen. Bei der Wahl selbst konnte die NSDAP bei den Stimmen zulegen, erhielt aber nicht die absolute Mehrheit. Dem Zentrum gelingt es sich zu behaupten und die SPD hatte nur geringe Einbußen zu verzeichnen. So konnte die NSDAP 41,6%, das Zentrum 37,8% und die SPD 6,3% in Bingerbrück erreichen, wie nachfolgender Zettel mit den handschriftlichen Bingerbrücker Wahlergebnissen von Josef Krautkremer zeigt. Das zeigt, dass das Rheinland sehr katholisch geprägt ist und viel weniger nationalsozialistisch geprägt ist als der Rest des Deutschen Reiches. So hat die NSDAP im Reichsdurchschnitt 43,9% und das Zentrum nur 11,3% erreicht. Im Reichsdurchschnitt war hier die SPD mit 18,3% wesentlich stärker als am Rhein-Nahe-Eck.

Wahlplakate vom 5.3.1933

Aber die Nationalsozialisten am Rhein-Nahe-Eck werden immer dreister. Am 6.3.1933 verbrennen SA-Männer auf dem Marktplatz eine schwarz-rot-goldene Reichsflagge und am gleichen Tag besteigen die gleichen Schergen und



Bingerbrücker Wahlergebnisse vom 5.3.1933 - handschriftlich von Josef Krautkremer



Bingerbrücker Wahlergebnisse vom 12.3.1933 - handschriftlich von Josef Krautkremer

einige Stahlhelmler die Türme des Bürgermeisteramtes „Schloß Wilhelm“ und hissen dort die Hakenkreuzfahne und die alte schwarz-weiß-rote Reichsflagge. Da sich im gleichen Gebäude die Polizeistation befindet und von der örtlichen Polizei nicht eingeschritten wird, macht deutlich, wer hier mittlerweile das Sagen hat. Anfang März 1933 legen sich die Bingerbrücker Nationalsozialisten mit den Katholiken an, indem sie das Straßenschild der Hildegardisstraße mit der Aufschrift „Adolf-Hitlerstraße“ überkleben. In einem offenen Brief an die Mittelrheinische Volkszeitung empören sich die Katholiken gegen die „Straßenumbenennung und fordern umgehende Beseitigung dieser Provokation. Die Polizei hat noch am gleichen Tag die Anweisung gegeben, die „…Überklebung des Namens der Hl. Hildegard zu entfernen.“

Am 12.3.1933 finden in Preußen Kommunalwahlen statt, die für die Gemeinde am Rhein-Nahe-Eck und ihre Menschen, vor allem für die, die sich nicht der Nationalen Front zurechnen ließen, katastrophale Folgen bringen werden.

Bei der Wahl am 12. März 1933 erringen die Sozialdemokraten in Bingerbrück nur noch ein Mandat mit ihrem Spitzenkandidaten Christian Ganßer, der jedoch verzichtet. Christian Noll hatte nach diesem Verzicht die Nachfolge antreten wollen. Aber bereits am Wahlabend wird er gemeinsam mit dem Genossen Philipp Fuss von der Bingerbrücker SA überfallen und misshandelt. So beschreibt er es später in einer persönlichen Zusammenstellung seiner politischen Einstellung und den sich daraus ergebenden Folgen. Bei zunehmender Gewaltandrohung durch lokale SA-Männer verzichtet auch er schließlich auf das Mandat. Weitere Genossen folgen seinem Schritt und als letzter Kandidat bleibt als Mandatsträger der SPD nur noch der Pensionär Friedrich Timmer übrig. Am 18.3.1933 findet dieser in seinem Briefkasten in der Koblenzer Straße 42 einen Briefumschlag in dem sich ein Droh- und Hetzbrief befindet der seinesgleichen sucht.

„*An das*
Gemeinderatsmitglied
Timmer
Bingerbrück
Koblenzer Str. 42 I.

Wie wir durch den Aushang des neuen Gemeinderates ersehen,, haben Sie als 6. das Mandat der S.P.D. angenommen. Wir fragen Sie, warum haben denn die 5 andern es nicht angenommen wie Ganßer, Noll und Genossen weil die Herren schlauer sind als Sie. Dieselben haben nur einen Dummen gesucht wie Sie einer sind. Deshalb bitten wir Sie bis Samstag Morgen am Tor des Verstärkeramtes anzuschlagen, daß Sie auch als 6. auf das Mandat der S.P.D.

als Gemeinderatsmitglied verzichten denn Sie haben von der *hiesigen Gemeinde doch als Fremder keine Ahnung, wenn das nicht geschieht, dann machen Sie sich auf alles gefaßt, sagen Sie als Ihrer Frau auf Wiedersehen, noch einmal, wenn das nicht geschieht. Denn Sie sind als Schwerverbrecher gekennzeichnet. Wir erinnern Sie an Ihre Vergangenheit (Niederrhein, Rheinland, Westfalen) denn die Sonne die jetzt scheint im dritten Reich bringt alles an den Tag. Also wenn Ihr .... Ihnen ist lieber dann wissen Sie ja Bescheid*

Wir Nationalen von Bingerbrück"

Scheinbar ist Timmer auf die Drohung der „Nationalen" nicht eingegangen, denn am 25.3.1933 veröffentlicht die Pressestelle der NSDAP in der Rhein-Nahe-Zeitung eine Pressemitteilung um die Eskalation des Drucks auf Timmer fortzuführen:

„Wie allgemein bekannt, haben die meisten Träger der SPD-Liste auf das eine Mandat zur Gemeinderatswahl verzichtet. Als Letzter hat sich Herr Timmer zur Übernahme des Mandats bereit erklärt. Nach den neuesten Verlautbarungen soll für diesen auch ein Verzicht zutreffen. Die Gründe hierfür sind wahrscheinlich in der Tatsache zu suchen, daß Herr Timmer in den öffentlichen Ausführungen selbst erklärt hat: Niemals an eine deutsche Volksgemeinschaft zu glauben und somit kein Motiv zur Arbeiter-Interessen-Vertretung gegeben sei. Ferner, daß in seinen Adern französisches Blut fließe, könne ihn nicht veranlassen sich zu einem deutschen Staat zu bekennen. Ebenso wie ihm auch das „Lied der Deutschen" eine Ueberheblichkeit darstelle, die entgegen seiner Weltanschauung steht. Es tritt hier die verderbliche Blutmischung zweier Rassen deutlich zu Tage, bei der das fremde Wesen die Ueberhand gewonnen hat. Deshalb ist es erfreulich, daß Herr Timmer aus seiner antinationalen Einstellung heraus die notwendigen Folgen gezogen hat."

Ganz so einfach – wie es in dieser Zeitungsnotiz dargestellt wird - scheint es aber nicht gewesen zu sein, denn in der RNZ vom 30.3.1933 steht:
„Man schreibt uns: der sozialdemokratische Verordnete des hiesigen Gemeinderates Friedrich Timmer, wurde durch die Polizei in Schutzhaft genommen und vorläufig ins Amtsgerichtsgefängnis nach Stromberg gebracht…"

In den weiteren Schilderungen wird deutlich, dass es nicht darum geht Friedrich Timmer zu schützen, wie suggeriert wird, sondern einzig und allein darum im Gemeinderat die Mehrheit für die NSDAP herzustellen. Von den 18 Mandaten besitzt die „Nationale Front" 9 und das Zentrum 8 Mandate und die SPD 1 Mandat. Durch die Inhaftnahme Timmers hat die Nationale Front nunmehr die Mehrheit. Heuchlerisch wird in dem Zeitungsartikel weiter ausgeführt: „…Ob das verwaiste Mandat der Sozialdemokraten schließlich doch noch von einem anderen, namhaft gemachten Kandidaten, ausgeübt wird, steht dahin, ist aber sehr unwahrscheinlich, nachdem die Vorgeschlagenen alle abgelehnt hatten und der Verhaftete, Timmer, seinerseits noch nicht verzichtet hat. …"

Dem anhaltenden Druck der Nationalsozialisten sind die verbliebenen Sozialdemokraten auf Dauer nicht gewachsen. In der Mittelrheinischen Volkszeitung vom 19.5.1933 wird berichtet, dass sich die Ortsgruppe der SPD in Bingerbrück aufgelöst hat. „… Dadurch ist das Gemeinderatsmandat verwaist."

Die Bingerbrücker Nationalsozialisten begnügen sich aber nicht nur damit die Vertreter der SPD auszuschalten, vielmehr geht es, wie in vorangegangenen Aktionen und Verlautbarungen in der Öffentlichkeit deutlich geworden war, nunmehr in erster Linie gegen die jüdischen Mitbewohner vor. In der RNZ vom 3.4.1933 steht zu lesen, dass „…auch in Bingerbrück im Zeichen des Boykotts gegen die jüdische Greuelhetze (stand). Wie anderwärts, so auch hier, haben die jüdischen Inhaber ihre Geschäfte geschlossen gehalten. Mustergültig wie immer führte die SA, die Bestimmungen des Aktions-Ausschusses durch. Lastkraftwagen durchfuhren die Straßen, die nur mit SA besetzt waren. … Ein besonderes Ereignis war die Verhaftung des Viehhändlers Moritz Winkelstein von hier durch die Polizei. Winkelstein verbreitete mit Absicht Greuelmärchen und erzählte u.a. daß die Nationalsozialisten in der Rheinpfalz seinen Rassegenossen kastriert und die Ohren abgeschnitten hätten. W. wurde nach Stromberg gebracht, woselbst er abgeurteilt und bestraft wird." Winkelstein entgeht zwar der Deportation, stirbt aber 1940 in Bingen an einem Herzschlag. Frau Beate Goetz, die einen Briefverkehr mit den Nachkommen aufrechterhält, berichtet weiter, dass Frau Julie Winkelstein und die Tochter Auguste von Bingen später nach Frankfurt zu Verwandten ziehen und von dort aus deportiert werden. Sie überleben den Holocaust nicht. Auch andere jüdische Mitbürger verlieren im Laufe

der nächsten Jahre nicht nur Hab und Gut, sondern auch ihr Leben. An sie erinnert heute die nachfolgend abgebildete Gedenktafel am Ehrenmal in Bingerbrück, die auf Initiative des Heimatvereins

Bingerbrück e.V. am 9.11.1997 eingeweiht wurde. Die Bingerbrücker Nationalen schnüren nun das Paket enger zusammen. In einer Pressenotiz vom 3.6.1933 wird veröffentlicht, dass nunmehr auch der Gemeindevertreter des Zentrums, Rektor i.R. Josef Metzroth und sein Nachfolger, der amtierende Rektor der Volksschule, Jakob Groß, aus dem Gemeinderat ausgeschlossen werden. Mit Schreiben vom 26.5.1933, also kurz zuvor, hatte Jakob Groß seinen Austritt aus der Zentrumspartei und Eintritt in die Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO) erklärt.

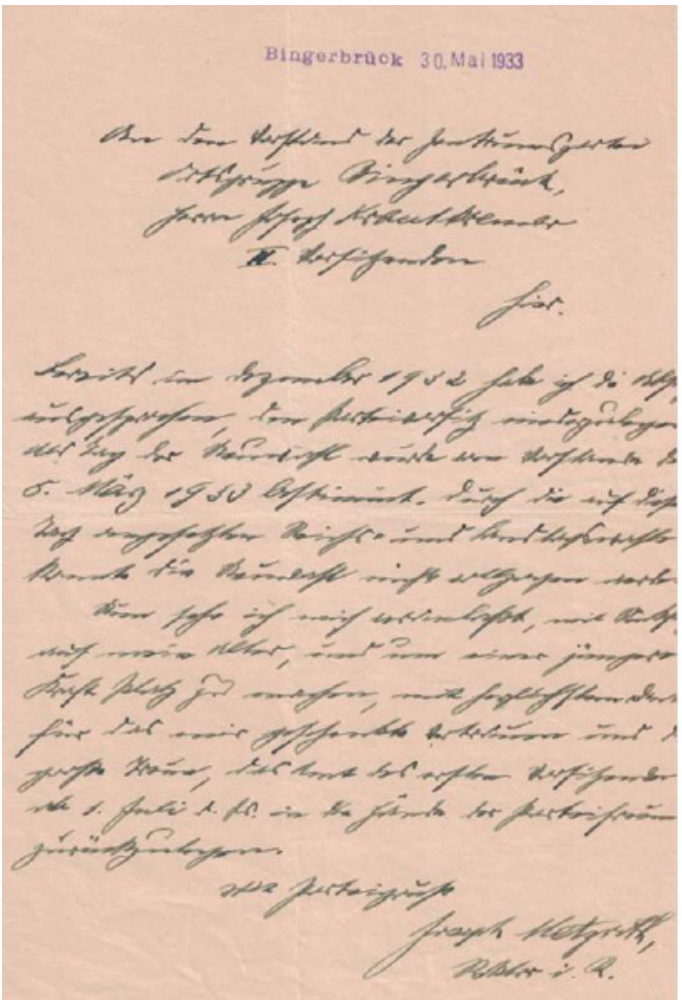
Als Rechtsgrundlage für den Ausschluß der beiden Pädagogen wird ein Gesetz der preußischen Staatsregierung vom 22. März 1933, das die Mitgliedschaft von Gemeinde- und Städtischen Beamten in Gemeindeparlamenten bei gleichzeitiger Beschäftigung im öffentlichen Dienst ausschließt, herangezogen. Zwar wird dieser Ausschluss vom Kreuznacher Landrat angefochten, doch dies entfaltet keine eigentliche Wirkung. Der Landrat, Erich Müser, wird – nicht nur aufgrund dieser Entscheidung - abgestraft und vom Innenministerium in den einstweiligen und im Folgejahr in den Ruhestand versetzt. Der zuständige Amtsbürgermeister Dr. Lönarz wird aufgrund eines ärztlichen Zeugnisses mit Wirkung vom 20.4.1933 für 6 Wochen „beurlaubt“. Damit sind der Rückhalt und die Unterstützung für die politischen Gegner der Nationalsozialisten auf

Josef Metzroth, Rektor der Bingerbrücker Schule und Vorsitzender der hiesigen Zentrumspartei

der mittleren Führungsebene komplett weggefallen. In einer späteren Gemeinderatssitzung im Juli 1933 beantragt der Gemeindevertreter Franz Ryttich, um die rechtliche Gültigkeit des Einspruchs des Landrats außer Kraft zu setzen, den alten Beschluß des Gemeinderats auf Ausschluß von Metzroth und Groß aufzuheben. Diesem Antrag stimmen die Gemeindevertreter einstimmig zu. In der gleichen Sitzung fordert Rytticht nochmals den Ausschluß Metzroths, diesmal allerdings auf Grund von Metzroths „Einstellung die Gemeindeinteressen nicht so vertrete, wie es die heutige Regierung verlange. …“.

Dieser Antrag wird in der Sitzung mit 4 Gegenstimmen angenommen. In der gleichen Sitzung wird der Rektor Jakob Groß auf Antrag der NSDAP einstimmig wieder in den Gemeinderat aufgenommen. Josef Metzroth hatte – auch um die Fokussierung

Umzug der "Nationalen Kräfte" am 15.10.1933, hier in der Hildegardisstraße

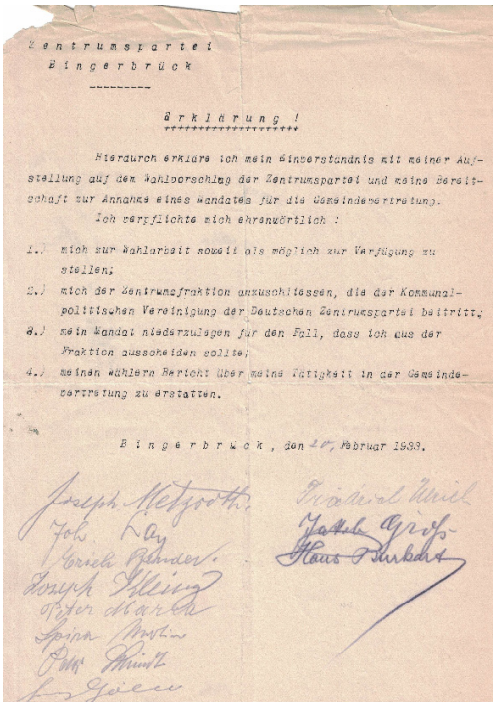


Bingerbrück 30. Mai 1933

Schreiben Josef Metzroths vom 30.3.1933, in dem er seinen Rücktritt vom Vorsitzenden der örtlichen Zentrumspartei mitteilt

auf seine Person zu vermindern – mit Schreiben vom 30. 5.1933 bereits sein Amt als Vorsitzender der örtlichen Zentrumspartei „…in die Hände der Parteifreunde...“ zurückgelegt, auch wie er weiter ausführt, mit Rücksicht auf sein Alter und um jüngeren Kräften Platz zu machen.

Der Druck der Bingerbrücker Nationalsozialisten macht weder vor dem ehrwürdigen ehemaligen Rektor der Schule Halt, noch vor seinem Nachfolger im Schuldienst, Rektor Jakob Groß, obwohl dieser sich durch Eintritt in den NSBO versucht hat zu arrangieren. Am 1.9.1934 scheidet Jakob Groß auf eigenen Antrag hin im Alter von 56 Jahren aus dem Schuldienst aus. Ihm folgt Lehrer Gregorius, ein strammer Nationalsozialist aus Staudernheim. Der Parteigenosse Franz Ryttich, seines Zeichens Postinspektor, der für den Ausschluß von Josef Metzroth im Gemeinderat verantwortlich war, geht nicht leer aus. Er wird im August 1934 als Beigeordneter von Amtsbürgermeister Münch eingeführt. NSDAP-Orts-



Zentrumspartei
Bingerbrück

Erklärung !

Hiermit erkläre ich mein Einverständnis mit meiner Aufstellung auf der Wahlvorschlag der Zentrumspartei und meine Bereitschaft zur Annahme eines Mandates für die Gemeindevertretung.
Ich verpflichte mich ehrenwörtlich :

1.) mich zur Wahlarbeit soweit als möglich zur Verfügung zu stellen;
2.) mich der Zentrumsfraktion anzuschliessen, die der Kommunalpolitischen Vereinigung der Deutschen Zentrumspartei beitritt;
3.) mein Mandat niederzulegen für den Fall, dass ich aus der Fraktion ausscheiden sollte;
4.) meinen Wählern Bericht über meine Tätigkeit in der Gemeindevertretung zu erstatten.

Bingerbrück, den 20. Februar 1933.

Innerparteiliche Erklärung der Bingerbrücker Zentrumskandidaten vom 20. Februar 1933

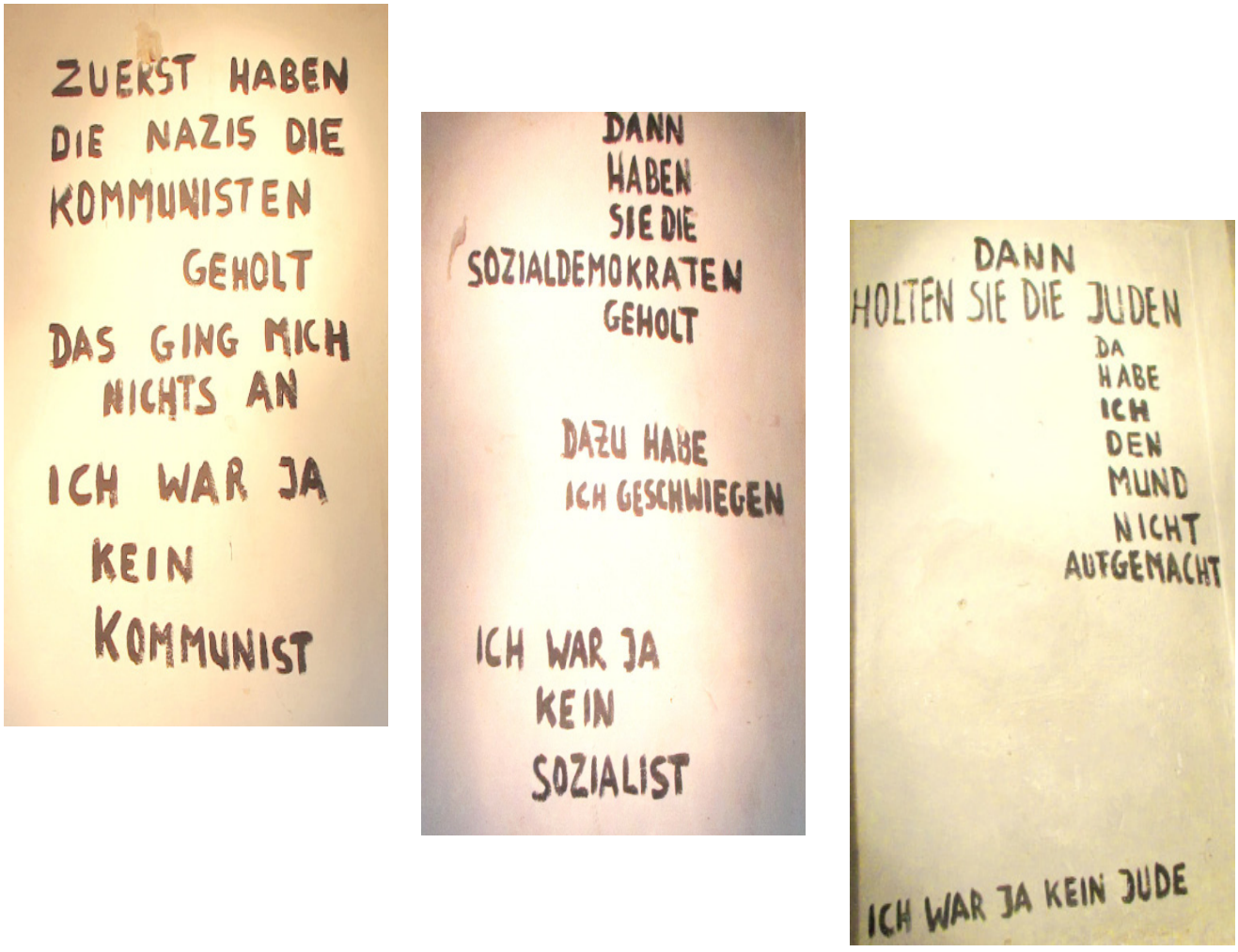
gruppenleiter Jakob Brandenburger wird Gemeindevorsteher, was heute dem Amt des Ortsbürgermeisters entspricht. Er bleibt in dieser Position bis 1937.

Reichsweit stehen nach dem Betätigungsverbot für die SPD am 22.6.1933 die Zeichen ohnehin auf Auflösung der Parteien. Sie lösen sich sämtlich in kurzer Folge auf und bereits am 14.7.1933 folgt ein Gesetz gegen die Neubildung von Parteien. Demzufolge fielen in der Zukunft die Wahlen mit jeweils über 90% Zustimmung für die Nationalsozialisten aus.

Die Episode um die Kommunalwahlen des Jahres 1933 schildert nur einen Aspekt des Drucks der physisch und psychisch auf die Nichtangepassten ausgeübt wurde. Dass dies alles nur der Anfang eines langen Weges der Gewalt und des Terrors war, wissen wir heute nur allzu gut.

Quellenverzeichnis:

- *Verschiedene Ausgaben der Mittelrheinischen Volkszeitung 1933*
- *Verschiedene Ausgaben der Rhein- und Nahe-Zeitung 1933/1934*
- *Briefsammlung aus Privatarchiv Carl Woog*
- *Bingerbrücker und Rupertsberger Geschichte(n), Heft 7 und Heft 9, 998*
- *Dokumentation - Der 30. Januar 1933 in der Pfalz, Rheinhessen und Koblenz-Trier, Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz, Mainz, 2008*
- *Chronik von Bingerbrück, Annemarie Tilger und Carl Woog, Bingerbrück, 1986*
- *Schreiben von Frau Beate Goetz über den Verbleib der Familie Winkelstein, Bingen, 2016*



Tafeln in dem NS-Dokumentationszentrum Rheinland-Pfalz - Gedenkstätte KZ Osthofen